

Wie in der Vorlage erwähnt, hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bereits im November 2007 einen Antrag für ein städtisches Klimaschutzkonzept gestellt, mit der Forderung, dies auch im Haushalt entsprechend darzustellen.

Schon damals wurde auf die bereits erfolgten und geplanten Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung seitens der Stadt Olsberg verwiesen und der Antrag mit Mehrheit von CDU und SPD abgelehnt.

Weder in den vergangenen Haushaltsentwürfen noch im Haushaltsentwurf 2010 findet man ein ressortübergreifendes Konzept zur CO₂-Reduzierung. Sicher gab es einige Einzelmaßnahmen, die in der Vorlage auch dargelegt sind und weitere sinnvolle in Planung befindliche Maßnahmen, die aber unserer Meinung nach nicht ausreichend sind. Ohne die Mittel aus dem Konjunkturpaket 2 mit dem einige dieser Maßnahmen finanziert wurden, sähe die Bilanz sicher noch anders aus.

Beispielhaft für weitere erforderliche Maßnahmen möchte ich nur die dringend erforderlichen Energiesparmaßnahmen im Aqua, die Überprüfung der städtischen Fahrzeugflotte auf Umrüstmöglichkeiten bzw. erforderliche Neuanschaffungen mit Hybridtechnik, die Aufstellung eines innerstädtischen Radwegenetzes, das übrigens im Zentrenkonzept überhaupt nicht vorkommt, die Errichtung eines Bürgersolarparks (z.B. im interkommunalen Gewerbegebiet Brilon-Olsberg), die Anpassung der Gestaltungssatzung für Baugebiete oder die Gewährung von zinslosen Darlehen für private und gewerbliche CO₂-Einsparungsmaßnahmen nennen. Selbst die Stadt Winterberg, bisher sicher nicht als ökologische Mustergemeinde bekannt, hat mittlerweile ein Klimaschutzkonzept auf den Weg gebracht. Auch wenn man es nach den kalten und langen Wintern der letzten beiden Jahre fast nicht glaubt, die Klimaerwärmung findet statt. Das Land NRW hat sich eine CO₂-Reduzierung um 33% bis 2020 zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Kommunen ihre bisherigen Anstrengungen deutlich erhöhen.

Bündnis 90/Die Grünen werden dieses Thema in den nächsten Monaten und Jahren ganz sicher weiter auf der Tagesordnung haben und entsprechende Maßnahmen einfordern.

Ich appelliere daher nochmals an die Mitglieder des Ausschusses und an die Verwaltung, dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen und den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern, denn wir alle stehen in der Verantwortung.